

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 30.08.2018
Tagesordnungspunkt: EP-S Europawahlprogramm (Kapitel 4)

- 1 Die internationale Staatenordnung befindet sich im Umbruch. Russlands Präsident verletzt die
- 2 territoriale Integrität anderer Staaten und verhindert eine demokratische Entwicklung im
- 3 Inland. Chinas Führung verstärkt immer weiter die staatliche Überwachung und heizt
- 4 Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer an. In den Staaten Nordafrikas und des Nahen
- 5 Ostens konnte sich die Hoffnung der Menschen auf eine Demokratisierung der Region nicht
- 6 erfüllen. Iran und Saudi-Arabien führen stattdessen einen Kampf um die Vorherrschaft im
- 7 Nahen Osten. In Syrien tobt nach wie vor ein brutaler Krieg, in dem sich sogar NATO-Partner
- 8 feindlich gegenüberstehen.
- 9 Und die USA, ehemaliger außenpolitischer Garant jener Regeln, die seit dem Ende des Zweiten
- 10 Weltkriegs einen großen Teil der Welt halbwegs zusammengehalten haben, haben sich als
- 11 berechenbarer Akteur der Weltpolitik verabschiedet. Die US-Regierung steigt aus dem
- 12 Klimaabkommen aus, kündigt das Iranabkommen, agiert in Handelsfragen aggressiv und
- verachtet
- 13 die internationalen Organisationen, die ihr Land selbst gegründet hat. Die EU sieht sie
- 14 wirtschaftlich als Gegner. Garantien, auf die sich Europa sicher verlassen konnte, gelten so
- 15 nicht mehr.
- 16 Währenddessen geht die globale Vermögensverteilung immer weiter auseinander. Zwar haben
- sich
- 17 Armut und Kindersterblichkeit in den letzten Jahrzehnten halbiert, in vielen Ländern kann
- 18 mittlerweile die Mehrheit der Mädchen und Jungen lesen und schreiben. Dennoch ist das eben
- 19 nur die Hälfte und weltweit leiden weiter 815 Millionen Menschen an chronischem Hunger. Das
- 20 reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 % des Gesamtvermögens und damit mehr
- 21 als die übrigen 99 % der Weltbevölkerung. Die Auswirkungen der Klimakrise vertreiben nicht
- 22 nur immer mehr Menschen aus ihrer Heimat, weil sie auf ausgetrockneten oder
- überschwemmten
- 23 Böden nicht mehr leben und keine Landwirtschaft betreiben können, sondern auch weil die
- 24 Auswirkungen der Klimakrise vielerorts bestehende Konflikte und schlechte Regierungsführung
- 25 verschärfen.
- 26 In dieser Situation muss sich die EU beweisen. Als außenpolitische Akteurin, als
- 27 Wertegemeinschaft, in der der Mensch mit seiner Würde, seiner Freiheit und seinen
- 28 unveräußerlichen Rechten im Mittelpunkt steht – wissend, dass gerade in der Außenpolitik
- 29 immer Kompromisse nötig sind und vielfältige Interessen ausbalanciert werden müssen.
- 30 Die Europäische Union ist nie darauf angelegt gewesen, aber die Frage, die sich Europa
- 31 stellt, ist die nach der Weltpolitikfähigkeit. Wenn wir diese Frage nicht angehen, dann wird
- 32 Europa, dann wird die globale Zusammenarbeit bedeutungslos. Dafür die Pflöcke entlang von
- 33 Frieden, Menschenrechten und dem Völkerrecht zu setzen, ist für uns als Grüne die zentrale
- 34 Aufgabe der nächsten Jahre.

35 4.1 Menschenrechte verteidigen, demokratische Handlungsräume sichern

36 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
37 Menschenrechte verteidigt und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur
38 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
39 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht.

40 Die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure werden in vielen
41 Ländern immer weiter eingeschränkt. Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wird dort
42 von staatlicher Seite systematisch erschwert, diffamiert, behindert und kriminalisiert.
43 Insbesondere die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit werden in vielen Staaten
44 beschränkt oder ganz abgeschafft. Dies betrifft nicht nur autoritäre Staaten, sondern auch
45 Demokratien mitten in Europa, wie zum Beispiel Rumänien und Österreich, in denen
46 Grundprinzipien wie Pluralismus, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Medien und
47 Rechtsstaatlichkeit in Frage gestellt werden.

48 Wir sehen mit Sorge die weltweite Entwicklung des „shrinking space“, also der Einschränkung
49 des öffentlichen Raumes für die Zivilgesellschaft. Die Europäische Union, der Europarat und
50 die Vereinten Nationen sollten dieser entschieden entgegentreten. Das kann für die EU nur
51 gelingen, wenn sie ihre Mitgliedstaaten selbst konsequent in die Pflicht nimmt. Die EU
52 sollte die internationale Vernetzung und den Austausch von zivilgesellschaftlichen
53 Organisationen fördern und unterstützen. Es ist auch ein wichtiges Signal an
54 Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass sie mit ihrem Engagement nicht
55 alleingelassen werden. Wir Grünen wollen, dass die EU-Leitlinien zum Schutz von
56 Menschenrechtsverteidigern vollständig umgesetzt und öffentlich stärker bekannt gemacht
57 werden. Dafür ist es auch notwendig, das europäische Instrument für Demokratie und
58 Menschenrechte zu stärken und finanziell besser auszustatten. Die EU muss weiterhin den
59 Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen zur Situation von Menschenrechtsverteidigern
60 und für Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit finanziell und politisch in- und außerhalb
61 des VN-Menschenrechtsrates aktiv unterstützen und den Aktionsplan für Menschenrechte und
62 Demokratie des Europäischen Rates vorantreiben.

63 Menschenrechte müssen auch für die EU-Handelspolitik maßgeblich sein. Die Art und Weise, wie
64 wir in Europa leben, hat weltweite Folgen: von der Klimakrise bis zu ausbeuterischen
65 Arbeitsbedingungen, rücksichtslosem Ressourcenabbau und Stärkung autoritärer Regime. Damit
66 die EU zur Förderin von nachhaltiger Entwicklung und der Stärkung sozialer und ökologischer
67 Standards im Welthandel wird, bedarf es beherzter Schritte.

68 Transnationale Unternehmen mit Sitz in der EU müssen auch bei uns in Europa dafür haftbar
69 gemacht werden können, wenn sie innerhalb ihrer Produktions- und Ressourcenketten an
70 Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind. Lieferketten wollen wir transparenter machen, so
71 dass klar ist, unter welchen Bedingungen Produkte produziert wurden, die in die EU
72 eingeführt werden. Wir wollen nicht, dass Kriege, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung
73 durch Produkte finanziert werden, die in der EU verkauft werden. Wir Grünen wollen eine
74 konsequente Umsetzung der Leitlinien der Vereinten Nationen zu Wirtschafts- und
75 Menschenrechten.

76 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 77 • die Einklagbarkeit von Menschenrechten auch gegenüber transnationalen Unternehmen,
- 78 • den Schutz und die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und
- 79 Menschenrechtsverteidiger*innen.

80 **4.2 Eine gemeinsame europäische Außenpolitik gestalten**

81 Die multilaterale Ordnung und ihre Institutionen sind unter Druck. Es kommt jetzt mehr denn
82 je auf die EU als weltpolitikfähige Akteurin an, die global gestaltet. Das kann nur
83 gelingen, wenn die EU als dialogbereite und verlässliche Partnerin und gute Nachbarin
84 agiert. Einen Rückfall in Nationalismus und Populismus zu verhindern und die multilaterale
85 Ordnung zu erhalten und gerechter zu gestalten, ist Aufgabe und Interesse der EU.

86 Ein friedliches Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarregionen ist zentrale Aufgabe
87 europäischer Nachbarschaftspolitik. Die Kriege und Konflikte in den östlichen und südlichen
88 Nachbarstaaten stellen die EU vor große Herausforderungen. Es kommt jetzt mehr denn je auf
89 eine einheitliche und klar friedensorientierte europäische Außenpolitik an. Die EU muss ihr
90 politisches und diplomatisches Gewicht in die Waagschale werfen, um Schritte für Frieden und
91 Sicherheit in ihrer Nachbarschaft zu ermöglichen. Und sie muss ihr Engagement für die
92 angrenzenden Regionen deutlich ausweiten, um Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung im
93 gesamten Umfeld der Europäischen Union zu fördern.

94 Stärkung der multilateralen Ordnung und ihrer Institutionen

95 Eine friedliche Welt braucht eine starke internationale Organisation der Zusammenarbeit.
96 Gerade in einer Zeit, in der sich andere Staaten daraus zurückziehen, ist die Europäische
97 Union gefragt, Verantwortung zu übernehmen. Das betrifft sowohl die finanzielle
98 Unterstützung von internationalen Organisationen und Programmen, wie dem
99 Welternährungsprogramm, dem Umweltprogramm oder dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten
100 Nationen, als auch das Umsetzen von internationalen Verträgen, zum Beispiel des Pariser
101 Klimaabkommens.

102 In Zeiten, in denen einige Staatschefs wieder das Recht des Stärkeren an die Stelle der
103 Stärke des Rechts setzen wollen, braucht es eine Europäische Union, die das humanitäre
104 Völkerrecht verteidigt. Wir Grünen wollen, dass sich die EU für eine Stärkung und bessere
105 Funktionsfähigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes einsetzt. Es ist überfällig, dass
106 die EU neben den Mitgliedstaaten selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention
107 wird, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für
108 Menschenrechte verantworten müssen.

109 Die schreckliche Situation in Syrien hat erneut verdeutlicht, welche negativen Auswirkungen
110 die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen (VN) durch die Blockadehaltung eines
111 Mitglieds im VN-Sicherheitsrat haben kann. Eine Blockade des Sicherheitsrats bei zentralen
112 Fragen schwächt das Völkerrecht und die VN insgesamt, da beispielsweise nicht einmal der
113 Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag mit der Verfolgung von Kriegsverbrechen
114 beauftragt werden kann. Die Vereinten Nationen müssen wieder handlungsfähiger werden.
115 Langfristig sollte der Sicherheitsrat so reformiert werden, dass alle Weltregionen
116 angemessen repräsentiert sind – zum Beispiel sollte Indien aufgenommen werden – und sich
117 zudem das Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten verbessert. Dazu würde ein Sitz für die

118 Europäische Union einen wichtigen Beitrag leisten. Zugleich braucht es eine internationale
119 Debatte über das Vetorecht. Bis dahin sollte im Falle einer anhaltenden Blockade des
120 Sicherheitsrats die Generalversammlung der VN das Recht beanspruchen können, mit
121 qualifizierter Mehrheit den Sicherheitsrat für blockiert zu erklären und an seiner Stelle
122 diplomatische Maßnahmen, Sanktionen und im äußersten Fall auch friedens erzwingende
Maßnahmen
123 nach Kapitel VII der VN-Charta zu beschließen.

124 Neben den Vereinten Nationen wollen wir auch die Organisation für Sicherheit und
125 Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stärken. Dabei geht es darum, die Fähigkeiten der OSZE im
126 Bereich ziviler Krisenprävention, Frühwarnung und Krisenbewältigung zu stärken – materiell
127 und finanziell. Das Konzept der menschlichen Dimension von Sicherheit war und bleibt eine
128 zentrale Errungenschaft der OSZE. Sie bildet den umfassenden Sicherheitsbegriff der OSZE ab
129 und umfasst beispielsweise Aktivitäten in den Bereichen Medienfreiheit, Minderheitenrechte,
130 Rechtsstaatlichkeit und Nichtdiskriminierung. Dieses Engagement für die Förderung von
131 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Toleranz und Nichtdiskriminierung wollen
132 wir unterstützen. Wir fordern daher eine Stärkung des Hochkommissars für Nationale
133 Minderheiten, des Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) und des
134 OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit. Wir weisen jegliche Versuche von OSZE-Mitgliedern, die
135 Geltung dieser menschlichen Dimension in Frage zu stellen oder ihre Instrumente zu
136 diskreditieren, zurück.

137 Konsequenz für EU-Recht beim Brexit

138 Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union verlässt ein Land das gemeinsame Haus der

139 EU. Der Brexit verdeutlicht, was passiert, wenn Regierungen sich von rechten Stimmungen
140 treiben lassen. Die Europäische Union muss weiter geschlossen zusammenstehen, damit ein
141 Drittland nicht bessergestellt ist als ein Mitgliedsland. Rosinenpickerei darf es nicht
142 geben, der Brexit darf keine Blaupause für andere Staaten werden. Das würde auch diejenigen
143 in Großbritannien unterstützen, die eine weitere Entscheidung der Bürger*innen über das
144 finale Austrittsdokument fordern. Bisher verhandelt die EU erfolgreich, besonders weil die
145 anderen 27 Mitgliedstaaten zusammenhalten. Wir unterstützen die Rolle der EU-Kommission als
146 Verhandlungsführerin. Nationale Alleingänge oder gar bilaterale Deals darf es nicht geben.
147 Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten – Freiheit von Warenverkehr, Dienstleistung,
148 Personen- und Kapitalverkehr – müssen im Mittelpunkt stehen. Einen uneingeschränkten
Zugang

149 zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht
150 geben. Einen Austritt mit Sonderstatus kann es nicht geben. Ebenso hat der Frieden auf der
151 irischen Insel absolute Priorität. Insbesondere die britische Regierung muss gewährleisten,
152 dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird. Ein Abkommen über die
153 zukünftigen Beziehungen kann erst nach dem rechtskräftigen Austritt Großbritanniens
154 finalisiert werden. Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien wollen wir nach
155 dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) stärken.

156 Für eine verantwortungsvolle Erweiterungspolitik

157 Die Erweiterungspolitik der EU ist für uns eine Erfolgsgeschichte. Sie steht für Frieden,
158 Demokratie und Stabilität in Europa. Die Europäische Union hat allen Staaten des Westbalkans
159 – Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Albanien und Mazedonien – das

160 Versprechen gegeben, der EU beitreten zu können, wie dies Slowenien und Kroatien bereits
161 erfolgreich getan haben. Albanien und Mazedonien kamen dieses Jahr dem Beginn von
162 Beitrittsverhandlungen mit der EU näher. Das ist eine sehr positive Entwicklung, die wir
163 Grünen unterstützen. Es kommt jetzt darauf an, dass die EU Nägel mit Köpfen macht und beiden

164 Ländern 2019 einen festen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen präsentiert.

165 Die EU steht in der politischen Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen
166 nicht zu enttäuschen und gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in diesen Ländern
167 mitzugestalten. Wir wollen dieses Versprechen durch eine engagiertere und tiefgreifende
168 Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteur*innen des Westbalkans
169 glaubwürdig machen. Denn die Beitrittsperspektive ist wichtiger Motor für den sensiblen
170 Friedens- und Aussöhnungsprozess, für Transformation und Modernisierung in einer weiterhin
171 fragilen Region. Und sie unterstützt vor allem diejenigen, die sich schon heute für mehr
172 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und den Schutz der Umwelt einsetzen. Klar
173 ist aber auch, dass ausschließlich der politische Reformwille vor Ort und die Erfüllung der
174 Kopenhagener Kriterien über das Tempo des weiteren Beitrittsprozesses und den EU-Beitritt
175 selbst entscheiden. Bei den dringend notwendigen Reformen darf es keinen Rabatt geben:
176 Gerade in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundwerte und Pressefreiheit, Bekämpfung von
177 Korruption und organisierter Kriminalität, Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Beilegung
178 von bilateralen Konflikten müssen noch viele Fortschritte erzielt werden. Diese
179 Herausforderungen bleiben für uns Ansporn für ein starkes Engagement.

180 Das bedeutet in jedem einzelnen Fall, dass die Beitrittsvoraussetzungen erreicht werden
181 müssen, die europäischen Werte und Regeln vollständig erfüllt sein müssen und die EU nach
182 innen funktionsfähig bleiben muss, bevor ein neues Land aufgenommen wird.

183 Transatlantische Partnerschaft erhalten

184 Die transatlantische Partnerschaft ist in einer tiefen Krise. Der amerikanische Präsident
185 vertieft diese mutwillig. Seine Präsidentschaft bringt massive Rückschritte beim
186 Klimaschutz, bei der Anerkennung des Völkerrechts und der Verrechtlichung der
187 internationalen Beziehungen. Er versteht Europa als wirtschaftlichen Gegner und setzt auf
188 eine nationalistische Strategie. Darauf braucht es eine geschlossene Antwort der EU-
189 Mitgliedstaaten. Die EU darf sich von Präsident Trump nicht spalten lassen. Nur so kann
190 Europa sich selbst behaupten.

191 Dennoch ist die transatlantische Partnerschaft für uns ein zentraler Bezugspunkt
192 europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident.
193 Eine enge Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern und Netzwerke mit
progressiven

194 Kräften im Land, die eine soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen,
195 bleiben wesentlicher Pfeiler unserer Politik. Daher sollte die Europäische Union viel
196 stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen
197 Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Bildung, Energie, Klimaschutz sowie
198 Digitalisierung, setzen.

199 Östliche Partnerschaft und Russland: demokratische Kräfte stärken

200 Eine gute Partnerschaft mit den östlichen Nachbarn der EU ist im ureigenen Interesse Europas
201 und wichtiger Baustein für Stabilität und Frieden in der Region. Die Östliche Partnerschaft

202 der EU, die seit 2009 mit Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und der Ukraine
203 besteht, muss weiter gestärkt und die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche
204 Integration dieser Staaten weiter vorangetrieben werden. Dabei dürfen europäische Grundwerte

205 nicht für wirtschaftliche Interessen geopfert werden. Der Kampf gegen Korruption,
206 demokratische und rechtsstaatliche Reformen und die Wahrung der Menschenrechte müssen in
207 diesen Ländern noch stärker von der EU eingefordert werden. Die wichtige Anbindung der
208 östlichen Nachbarn an die EU ist gleichzeitig eine Herausforderung für das Verhältnis zu
209 Russland, da Russland versucht, die engere Zusammenarbeit der östlichen Staaten mit der EU
210 zu verhindern.

211 Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem
212 militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen in
213 Syrien auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen
214 beigetragen. Gerade bei unseren osteuropäischen Nachbarn hat das tiefe historische
215 Erinnerungen hervorgerufen. Die Verletzung der territorialen Integrität anderer Staaten
216 durch Russland ist inakzeptabel. Das gilt für die völkerrechtswidrige Annexion der Krim
217 ebenso wie für die nunmehr zehnjährige Besatzung der georgischen Gebiete Südossetien und
218 Abchasien durch Russland und den Versuch der illegalen Grenzziehung in diesen Gebieten. Die
219 EU muss hier klar für die Unversehrtheit der Grenzen in Europa eintreten und ihre
220 politischen und diplomatischen Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Konflikts im
221 Südkaukasus verstärken.

222 In Bezug auf Russland gibt es keine Abstriche in unserem Eintreten für Demokratie und
223 Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts. Eine Lösung des Konfliktes in der
224 Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsker
225 Abkommen fest. Solange Russland gegen dieses verstößt, befürworten wir die gezielten
226 Sanktionen der EU. Wir wenden uns gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von

227 Aktivist*innen, Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten in Russland. Mit Sorge
228 sehen wir Versuche von russischer Seite, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu
229 schwächen. Russland hat kein Interesse an einem geschlossenen und demokratischen Europa.
Das

230 wurde durch die Hacks, die Wahlbeeinflussung über soziale Netzwerke und die erhebliche
231 finanzielle Unterstützung anti-demokratischer Kräfte in vielen europäischen Staaten
232 deutlich. Darauf muss sich die Europäische Union noch besser einstellen. Die Antwort muss in
233 einer Stärkung der EU liegen. Wo immer es möglich ist, suchen wir die Kooperation mit
234 Russland, deshalb bleiben wir auch im Gespräch. Sicherheit, Frieden und Abrüstung lassen
235 sich nicht erreichen, wenn man sich anschweigt.

236 Europäisches Engagement für Stabilität und Frieden im Nahen Osten

237 Der grausame Krieg in Syrien, der seit über sieben Jahren tobt, Hunderttausenden das Leben
238 gekostet und Millionen von Menschen in die Flucht getrieben hat, findet vor Europas Haustür
239 statt. Die EU sollte alle bestehenden Friedensinitiativen unterstützen. Solange der Krieg
240 ungehindert fortgesetzt wird, müssen Sanktionen und Einreiseverbote gegen hochrangige
241 syrische und russische Militärangehörige ausgeweitet und ihre Konten in der EU eingefroren
242 werden.

243 Die einseitige Aufkündigung des Atom-Abkommens mit dem Iran durch US-Präsident Trump
könnte
244 die ohnehin instabile Region in einen weiteren blutigen Konflikt stürzen. Es droht ein
245 nukleares Wettrüsten in der Region, das ganz konkret auch die Sicherheit in der Europäischen
246 Union bedroht. Dazu kommt der Schaden für das transatlantische Verhältnis und die
247 multilaterale Ordnung insgesamt. Die EU muss jetzt alles daransetzen, das Iran-Abkommen am
248 Leben zu halten und die atomare Abrüstung des iranischen Regimes voranzubringen. Zusätzlich
249 muss sich die EU gegenüber allen Regionalmächten um die Durchsetzung einer
Friedensordnung
250 bemühen.

251 Das deutsch-israelische Verhältnis ist durch die Verfolgung und Ermordung der europäischen
252 Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht
253 und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind
254 daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um

255 die Sicherheit des Staates Israel zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner sowie
256 die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der
257 Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben.
258 Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen den Terror der Hamas. Die zunehmende
259 Diskriminierung von Minderheiten in Israel lehnen wir ab, ebenso wie den illegalen
260 Siedlungsbau. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst
261 über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen wir einen
262 Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen
263 weiterhin mit allen Kräften in Israel und Palästina zusammenarbeiten, die sich gegen eine
264 Fortdauer der Besatzung, gegen eine Spaltung der israelischen Gesellschaft und für eine
265 Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.

266 Seit drei Jahren tobt auch im Jemen ein brutaler Krieg, in dem die Huthi-Rebellen mit
267 Unterstützung des Iran gegen die jemenitische Regierung und die von Saudi-Arabien angeführte

268 Militärallianz kämpfen. In dem unerbittlichen Krieg sind bereits mehr als 10.000 Menschen
269 ums Leben gekommen, 80 % der Bevölkerung sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, darunter
270 viele Kinder. Die EU muss ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden und alles dafür
271 tun, um einen sofortigen Waffenstillstand der beteiligten Militärmächte und der Rebellen zu
272 erreichen. Politisch muss auf die Kriegsparteien eingewirkt werden, um die Kampfhandlungen
273 umgehend zu stoppen, die durch Saudi-Arabien errichtete Seeblockade aufzulösen und
274 Hilfsgüter ins Land zu lassen. Jegliche Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Saudi-
275 Arabien muss ein Ende haben. Es darf nicht sein, dass Europa indirekt diesen Krieg auch noch
276 anheizt.

277 Demokratische Kräfte in der Türkei stärken

278 Die Türkei ist eines der Schlüsselländer, um unsere Nachbarregionen zu stabilisieren. Aber
279 auch Präsident Erdogan und die AKP haben sich zu einer autoritären, autokratischen Regierung
280 entwickelt. In dieser Zeit gilt es umso mehr, diejenigen zu unterstützen, die trotz schwerer
281 Repressalien und systematischer Verfolgung in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit
282 und Weltoffenheit eintreten. Wir verurteilen die von Präsident Erdogan eingeschlagene
283 Politik hin zu einem autoritären Präsidialsystem und die massiven Angriffe auf

284 Oppositionelle, die Zivilgesellschaft, die Meinungs- und Pressefreiheit, die
285 völkerrechtswidrigen Angriffe des türkischen Militärs auf Syrien und den Nordirak sowie die
286 Abkehr von einem friedlichen und politischen Lösungsprozess in der Kurdenfrage. Es braucht
287 nun eine grundlegende Neuvermessung der europäisch-türkischen Beziehungen. Mehr denn je
288 muss
289 die EU klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte zeigen. Für die europäische Ebene
290 bedeutet das unter anderem: Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden,
291 wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Alle
292 Rüstungsexporte europäischer Mitgliedstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung
293 europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei.

293 Die Türkei hat über 3 Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Deren Versorgung nach
294 humanitären Standards muss die EU finanziell unterstützen. Auch sollten die EU-Staaten
295 dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen anbieten.

296 Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist eine Folge der Weigerung der EU-Mitgliedstaaten,
297 zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu kommen. Es hat zu
298 katastrophalen Lagern auf Lesbos und anderen griechischen Inseln geführt und untergräbt
299 durch Abschiebungen ohne Asylrechtsprüfung das Recht auf Asyl. Diesen EU-Türkei-Deal wollen
300 wir beenden.

301 Praktisch liegen die Beitrittsgespräche mit der Türkei bereits auf Eis. Die Wiederaufnahme
302 der Verhandlungen muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Insbesondere mit
303 Blick auf die Verfassungsreform und die jüngsten Wahlen in der Türkei ist eines deutlich:
304 Ein EU-Beitritt der Türkei ist unter Präsident Erdogan nicht vorstellbar. Zugleich gilt: Für
305 eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben. Ein formaler
306 Abbruch der Beitrittsgespräche wäre falsch. Die vielen proeuropäischen Kräfte in der Türkei
307 brauchen dieses Signal und weiterhin unsere Unterstützung. Umso bedeutender ist es deshalb,
308 die noch bestehenden EU-Beitritts Hilfen ausschließlich an prodemokratische Organisationen
309 auszuzahlen und die Verwendung der Gelder deutlich strenger zu kontrollieren als bislang.

310 Zukunftspakt mit Afrika

311 Afrika hat für die EU auch wegen der finsternen Kolonialgeschichte eine besondere Bedeutung.
312 Statt eine Partnerschaft auf Augenhöhe anzustreben, stehen derzeit vor allem
313 Migrationskontrolle und militärische Zusammenarbeit im Vordergrund. Die gegenwärtige Agrar-,
314 Handels- und Ressourcenpolitik laufen den Zielen einer nachhaltigen Partnerschaft zuwider.
315 Diese Politik bekämpft keine Probleme, sondern verschärft die Situation derjenigen, die am
316 meisten unter Armut und globaler Ungerechtigkeit zu leiden haben. Wir wollen unsere
317 afrikanischen Partner dabei unterstützen, lebenswerte Perspektiven für die Menschen vor Ort
318 zu schaffen und damit auch langfristig Fluchtgründe zu bekämpfen. Dies wollen wir vor allem
319 durch eine Stärkung afrikanischer Organisationen wie der Afrikanischen Union oder der
320 Afrikanischen Entwicklungsbank erreichen. Deshalb schlagen wir einen Zukunftspakt zwischen
321 der EU und Afrika vor. Kern ist eine Partnerschaft, die auf dem offenen und transparenten
322 Ausgleich gegenseitiger Interessen und Forderungen basiert. Um eine nachhaltige Entwicklung
323 im gesamten globalen Süden einzuleiten, braucht es eine kohärente Politik, die sich an der
324 Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris und an der Aktionsagenda
325 von
325 Addis Abeba orientiert.

326 Europäische China-Politik: Kooperation auf Basis klarer Werte

327 Europas Verhältnis zu China ist über die letzten Jahre wichtiger, aber auch schwieriger
 328 geworden. Deutschlands Beziehungen zur Volksrepublik sind besonders eng. Daraus erwächst
 329 eine hohe Verantwortung dafür, dazu beizutragen, dass die EU gegenüber China vermehrt mit
 330 einer Stimme spricht. Das gilt für die Abwehr chinesischer Dumpingexporte, für den
 331 verantwortlichen Umgang mit Investitionen, die Belange der Sicherheit oder der öffentlichen
 332 Ordnung beeinträchtigen könnten, oder für faire Chancen europäischer Unternehmen in China.
 333 Es gilt nicht weniger für die gemeinsame Vertretung unserer gemeinsamen Werte, vornean der
 334 Menschenrechte. Und es gilt auch gegenüber Chinas Außenpolitik, die zunehmend eine der
 335 harten Hand ist und zunehmende Drohungen gegenüber der Selbstverwaltung Taiwans
 einschließt.

336 Wir unterstützen Europas „Ein-China-Politik“ und teilen die Auffassung, dass Chinas
 337 Vereinigung nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

338 Chinas heutige Führung, die im Inneren zum Totalitarismus zurückkehrt, befindet sich mit
 339 ihren Konzepten der „neuen Seidenstraße“, des „Made in China 2025“ und der „globalen
 340 Schicksalsgemeinschaft“ auf dem Weg zur globalen Supermacht, die Multilateralismus nur
 341 mitmacht, wo er ihr nutzt. Europa muss der chinesischen Herausforderung mit der Bereitschaft
 342 zur Kooperation, aber auch mit Klarheit in der Vertretung der eigenen Werte und Interessen
 343 und mit Selbstbewusstsein begegnen.

344 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 345 • eine Initiative für die Reform und Stärkung der Vereinten Nationen,
- 346 • die materielle und finanzielle Stärkung der OSZE,
- 347 • die Stärkung des humanitären Völkerrechts und des internationalen Strafrechts zur
- 348 Verfolgung schwerster Menschenrechtsverbrechen,
- 349 • einen Zukunftspakt mit Afrika.

350 **4.3 Krisen vermeiden, Frieden und Sicherheit garantieren**

351 Als Friedensmacht ist es oberste Pflicht von uns Europäerinnen und Europäern, aktiv an einer
 352 globalen, multilateralen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen mitzuarbeiten. Im
 353 Mittelpunkt muss eine Politik stehen, die verhindert, dass Krisen und Konflikte überhaupt
 354 entstehen. Von einer kohärenten, vollständig koordinierten Krisenprävention der EU sind wir
 355 noch weit entfernt. Wenn die EU ihre Rolle als zivile Macht ernst nimmt, darf sie nicht nur
 356 auf die Verteidigung schauen. Zivile und präventive Maßnahmen sind frühzeitig zu ergreifen
 357 und nicht erst, wenn Konflikte schon entflammt sind. Das gilt besonders auch für Post-
 358 Konflikt-Situationen. Das Wiederaufflammen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten lässt sich
 359 am besten verhindern, wenn frühzeitig Strukturen vor Ort aufgebaut werden, die Sicherheit
 360 herstellen und die Versorgung aller Menschen in einer Region ermöglichen.

361 Damit sich Friedenspolitik auf europäischer Ebene nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner
 362 orientiert, setzen wir uns für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und
 363 Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein. Eine zivile Säule des außenpolitischen Handelns,
 364 die Diplomatie, ist der nachhaltigere, stärkere Pfeiler einer menschenrechtsorientierten
 365 Friedens- und Außenpolitik. Dementsprechend wollen wir den Europäischen Auswärtigen Dienst
 366 stärken und ausbauen. Wir plädieren dafür, die konsularischen Dienste der Mitgliedsländer

367 gemeinsam in europäischen Botschaften zu bündeln und dadurch Personalkapazitäten für die
368 eigentlichen diplomatischen Aufgaben freizusetzen.

369 Wir unterstützen den Europäischen Auswärtigen Dienst in seinen Bestrebungen, auch für den
370 zivilen Bereich feste Ausbauziele und gemeinsame Schwerpunkte festzulegen. Ähnlich wie die
371 Battlegroups im militärischen Bereich brauchen wir auch ein ziviles Einsatzteam, damit im
372 Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen,
373 Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können. Wir wollen die Mittel und das
374 Personal für zivile Krisenprävention und die zivilen EU-Polizei- und Rechtsstaatsmissionen
375 deutlich erhöhen und ihre Finanzierung gerechter unter den Mitgliedstaaten verteilen.
376 Außerdem wollen wir das Europäische Friedensinstitut finanziell stärker in seiner
377 Mediationsarbeit unterstützen.

378 Wir stellen uns gegen den fatalen Paradigmenwechsel, zivile Gelder aus dem EU-Haushalt für
379 militärische Zwecke oder zur Abwehr von Geflüchteten umzuwidmen. Die Trennschärfe zwischen
380 entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen muss bewahrt werden. Wir lehnen
sowohl
381 die Öffnung des Instruments für Stabilität und Frieden für militärische Zwecke ab als auch
382 den Plan der EU-Kommission, dieses Instrument 2020 auslaufen zu lassen. Stattdessen fordern
383 wir eine Verdoppelung der Mittel im Bereich der zivilen Krisenprävention.

384 Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete stoppen

385 Europa exportiert Waffen und Rüstungsgüter in Kriegs- und Krisengebiete sowie in Diktaturen.
386 Das wollen wir stoppen. Nationale Wirtschaftsinteressen dürfen nicht Frieden gefährden. Auch
387 wollen wir nicht, dass Überwachungssysteme zur Unterdrückung von Menschen in Diktaturen
388 genutzt werden. Wir fordern daher, dass die gemeinsamen Regeln für die Ausfuhrkontrolle von
389 Militärtechnologie und Militärgütern (gemeinsamer Standpunkt des Rats von 2008)
390 rechtsverbindlich und einklagbar werden.

391 Wir setzen uns auf europäischer Ebene für den Erhalt und die Stärkung internationaler und
392 regionaler Rüstungskontrollregime ein. Die EU muss darauf hinwirken, diese Abkommen auch
auf
393 neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – auszudehnen. Wir
394 wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in
395 internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime eintritt. Weiterhin sollte sie sich
396 für eine präventive völkerrechtliche Ächtung autonomer Waffensysteme einsetzen. Außerdem
397 muss die EU zur atomaren Abrüstung beitragen, sowohl im Innern durch den Einsatz für ein
398 atomwaffenfreies Europa als auch international.

399 Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

400 Heutzutage werden Sicherheitsrisiken immer komplexer und reichen von der Verbreitung von
401 Massenvernichtungswaffen und Cyberangriffen bis hin zur Bedrohung der Energie- und
402 Umweltsicherheit, während zugleich militärische Annexionen direkt vor unserer Haustür
403 stattfinden. Europa kommt gar nicht darum herum, sich diesen Herausforderungen stärker
404 selbst zu stellen. Die NATO hat nach wie vor eine wichtige Bedeutung für die Sicherheit
405 Europas. Doch angesichts der Spannungen und Konflikte im NATO-Bündnis ist es sinnvoll, die
406 Sicherheit Europas stärker gemeinsam voranzutreiben. An der Vision einer gesamteuropäischen
407 Sicherheitsordnung, die den Raum der OSZE umfasst, halten wir fest. In diesem Sinne wollen

408 wir an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion arbeiten und die verstärkte
409 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen, anstatt immer mehr Geld in nationale
410 Rüstungssektoren zu pumpen.

411 Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts
412 zu steigern, lehnen wir ab. Aus Sicht der EU-Kommission würden sich schon jetzt durch eine
413 tiefgehende Kooperation im Verteidigungsbereich Einsparungsmöglichkeiten von 25 bis 100
414 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Statt 17 nicht funktionsfähiger Systeme sollten wir besser
415 ein funktionierendes System schaffen. Wir unterstützen daher grundsätzlich die ständige und
416 strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO), wobei die zivile Seite der
417 Sicherheitskooperation bislang deutlich hinterherhinkt. Die Zusammenarbeit im
418 Verteidigungsbereich darf aber nicht dazu führen, dass wir zusätzliches Geld in ein
419 ineffizientes System der Verteidigungsbeschaffung stecken. Was europäisch getan wird, darf
420 nicht noch parallel national weitergeführt und finanziert werden. Vielmehr wollen wir eine
421 sicherheitspolitische Integration auf europäischer Ebene im Rahmen des EU-Budgets im Sinne
422 einer echten Umsetzung des „pooling & sharing“. Die europäischen Verteidigungsausgaben
423 dürfen auch nicht zu Lasten anderer Aufgaben der EU gehen. Die Umwidmung bisher ziviler
424 Haushaltstitel auf EU-Ebene lehnen wir ab. Wir sind gegen eine Etablierung von
425 Parallelstrukturen zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein
426 gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Vorgehen Europas kann es nur innerhalb der
427 Strukturen der Europäischen Union geben.

428 Damit der Einsatz des Militärs auch wirklich das äußerste Mittel bleibt, muss der zivile
429 Aspekt der Sicherheit deutlich gestärkt werden, wozu vor allem die Nichtverbreitung von
430 Waffen, die Verhinderung von Völkermord, die wirtschaftliche Entwicklung, die
431 Rechtsstaatlichkeit, die Vermittlung und Versöhnung und die territoriale Integrität zählen.
432 Wichtig ist für uns, dass die gemeinsamen Verteidigungsprojekte auch parlamentarisch durch
433 das Europäische Parlament kontrolliert werden. Aus nationaler Erfahrung wissen wir, dass
434 Großprojekte ohne Transparenz und echte Kontrollmöglichkeiten häufig in Missmanagement und
435 Korruption enden.

436 Außerdem brauchen wir eine regelmäßige Debatte zu Einsätzen, die im Rahmen der Missionen
437 der
438 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU durchgeführt werden. Auch
439 die Evaluierung solcher Missionen sollte durch das Europaparlament erfolgen. Nationale
440 Parlamentsvorbehalte dürfen im Zuge einer stärkeren Rolle des Europäischen Parlaments aber
441 nicht abgeschafft oder unterwandert werden. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft die
442 Möglichkeit haben, nicht an GSVP-Missionen teilzunehmen.

442 Europäischer Beitrag zur Konfliktprävention, Friedenssicherung und Schutz vor Verbrechen
443 gegen die Menschlichkeit

444 Eine an den Menschenrechten orientierte Außenpolitik, die dem Schutzprinzip des Völkerrechts
445 verpflichtet ist, bedeutet auch, zu handeln, wenn Menschenrechte massiv verletzt werden. Wir
446 setzen uns daher für den Ausbau der europäischen Polizei- und Rechtsstaatsmissionen ein wie
447 auch für Ausbildungs- und Unterstützungsmissionen zur Vorsorge oder zur Stabilisierung von
448 Friedensprozessen.

449 Wir stehen zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen.
 450 Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Es gibt jedoch Situationen, in denen
 451 militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel im Sinne der
 452 Schutzverantwortung der VN notwendig ist, weil nationale Regierungen nicht in der Lage oder
 453 willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen. Dabei steht an
 454 erster Stelle immer die Prävention, also das Verhindern gewaltsamer Entwicklungen. Wir
 455 machen uns die Entscheidung über Militäreinsätze niemals einfach, sondern prüfen mögliche
 456 Mandate kritisch und sorgfältig.

457 Für uns gelten die VN-Charta und das Völkerrecht. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur
 458 auf Grundlage der VN-Charta und mit einem Mandat der Vereinten Nationen nach Kapitel VI
 oder
 459 VII der VN-Charta zustimmen. Allerdings kann ein Nichthandeln aufgrund einer Blockadehaltung
 460 einer oder mehrerer Vetomächte das Völkerrecht und die Vereinten Nationen ebenso massiv
 461 beschädigen wie das Handeln ohne ein Mandat. Wenn der Sicherheitsrat blockiert ist, muss
 462 sich die Generalversammlung damit befassen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein und
 im
 463 Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgen. Ohne eine umfassende zivile
 464 Gesamtstrategie und eine Einbettung in klare Konzepte für die Zukunft des betroffenen
 465 Staates dürfen militärische Interventionen nicht erfolgen.

466 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 467 • mehr Finanzmittel und Personal für europäische Polizei- und Rechtsstaatsmissionen,
- 468 • eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird,
- 469 • keine Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete,
- 470 • eine Verdoppelung der Mittel für zivile Krisenprävention.

471 **4.4 Globale Gerechtigkeit und Entwicklung fördern**

472 Für eine gerechte Globalisierung brauchen wir eine EU, die eine menschenrechtsbasierte
 473 globale Strukturpolitik vorantreibt, aktiv wird und nicht in Nationalismen zurückfällt.
 474 Politikkohärenz im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ist unser Ziel, damit beispielsweise
 475 Handelspolitik nicht Entwicklungszusammenarbeit torpediert. Die 17 globalen
 476 Nachhaltigkeitsziele, beschlossen im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen, müssen innerhalb
 477 der EU und global umgesetzt werden. Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale,
 478 ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken. Ziele wie
 479 „Geschlechtergerechtigkeit“, „saubere Energie“, „gute Bildung“, „Frieden, Gerechtigkeit und
 480 starke Institutionen“ der Agenda 2030 müssen wir in der EU durch eine ambitionierte
 481 Nachhaltigkeitsstrategie verwirklichen. Wir müssen unsere Politik ändern, wenn
 482 Agrarsubventionen Märkte in armen Ländern zerstören, wenn europäische Rechtsräume zur
 483 Geldwäsche oder für die Steuer- und Kapitalvermeidung missbraucht werden oder wenn unsere
 484 Handelspolitik Entwicklungschancen zerstört. Eine sozial-ökologische, vielfältige EU ist der
 485 richtige Weg, um dem neuen Nationalismus und den antidemokratischen Kräften
 486 entgegenzutreten.

487 Dies ist auch die beste Antwort auf die Herausforderungen weltweiter Fluchtbewegungen, um
 488 Menschen davor zu bewahren, ihre Heimat verlassen zu müssen, sei es aufgrund von

Verfolgung,

489 Folter, Kriegen, Hunger, Dürren oder anderen Krisen. Wir müssen endlich die strukturellen
490 Ursachen der Zerstörung von Lebensgrundlagen konsequent angehen. Unser Lebensstil, unsere
491 Art zu konsumieren, unser Wirtschaftssystem zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen von

492 Menschen im Süden unseres Planeten. Europäische Unternehmen exportieren Rüstungsgüter in
493 Krisengebiete, überfischen die Weltmeere, und unsere Gesellschaften nehmen in Kauf, dass
494 unsere Agrarexporte andernorts die Existenzgrundlage von Bäuerinnen und Bauern zerstören.
495 Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben, lassen sich weder mit höheren Zäunen noch mit
496 Patrouillenbooten oder durch Pakte mit Autokraten aufhalten. Stattdessen braucht es eine
497 kohärente internationale Politik und strukturelle Reformen in Bereichen wie Handel,
498 Landwirtschaft, Energie, Fischerei, Außenpolitik und Klimaschutz, wie sie die nachhaltigen
499 Entwicklungsziele der UN vorgeben.

500 Die EU-Mitgliedstaaten haben sich schon lange zu einer Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung
501 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts verpflichtet – die immer noch nicht erreicht sind. Wir
502 sprechen uns klar dagegen aus, dass Ausgaben für Flüchtlinge im Inland und innerhalb der
503 Europäischen Union als Ausgaben für die Entwicklungsfinanzierung gerechnet werden können.
504 Vielmehr brauchen wir überprüfbare Zwischenschritte, um das 0,7%-Ziel in der EU tatsächlich
505 zu erreichen. Die wirtschaftlich starken Länder der EU stehen hier besonders in der Pflicht
506 und müssen gemeinsam vorgehen. Dabei sind Entwicklungsgelder nicht alles. Wir setzen uns
507 dafür ein, dass die EU konsequent die Kapital- und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und
508 Schwellenländern begrenzt. Dazu gehören Transparenzregister, das Austrocknen europäischer
509 Steuersümpfe und die verpflichtende, länderbasierte Berichterstattung globaler Konzerne, die
510 in der EU ihren Sitz haben.

511 Der humanitäre Bedarf der Vereinten Nationen zur Vermeidung von Hungersnöten oder
512 schlimmsten Katastrophen wird von der Staatengemeinschaft immer wieder nicht erfüllt,
513 allerhöchstens erst nach wiederholten Appellen und Sondergipfeln. Wir wollen eine Stärkung
514 und ausreichende Finanzierung der europäischen und internationalen Organisationen in diesem
515 Bereich, dazu zählt insbesondere auch eine finanziell bessere Ausstattung der europäischen
516 Organisation für humanitäre Hilfe, ECHO. Auch die nationalen europäischen Hilfen sollen
517 besser koordiniert sein.

518 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 519 • die Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung,
- 520 • die Bekämpfung von Kapital- und Steuerflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern,
- 521 • eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für
522 humanitäre Hilfe.

523 **4.5 Fairen und offenen Welthandel voranbringen**

524 Die globale Arbeitsteilung hat unzähligen Ländern mehr Wohlstand gebracht. Millionen
525 Menschen in sich entwickelnden Ländern haben auch dadurch den Sprung aus extremer Armut
526 geschafft. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fördert die Verbreitung von
527 Innovationen und trägt zu friedlichen Beziehungen zwischen den Nationen bei. Doch
528 gleichzeitig führt eine unregulierte Globalisierung viel zu oft zur Ausbeutung von Menschen
529 und Umwelt und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Der aktuelle globale

530 Wettbewerb setzt soziale und ökologische Standards in den Staaten unter Druck. Die
531 Wohlstandsgewinne aus dem globalen Handel sind teilweise extrem ungleich verteilt.

532 Der offene Welthandel soll fair, ökologisch und gerecht gestaltet sein und Mensch und Umwelt
533 in den Mittelpunkt stellen. In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Europäische
534 Union eine führende Rolle bei der sozial-ökologischen Regulierung des Welthandels einnimmt.

535 Global und demokratisch

536 Die Welthandelsordnung steht unter Druck. Verhandlungen in der Welthandelsorganisation
(WTO)

537 stecken in der Sackgasse. Immer mehr Staaten setzen darauf, nur mit einzelnen anderen
538 Staaten Handelsabkommen abzuschließen. Die „America-first-Politik“ von Donald Trump oder
539 Chinas aggressive Industriepolitik verstärken den Sog zu immer mehr bilateralen Abkommen.
540 Wir sehen das skeptisch, denn dabei geraten die Interessen von Ländern, die keinen Platz am
541 Verhandlungstisch haben, immer unter die Räder und die Verhandlungsposition ärmerer Länder
542 wird geschwächt.

543 In einer echten globalen Partnerschaft dürfen nicht nur die wirtschaftlich Stärksten
544 entscheiden. Deswegen fordern wir die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der
WTO.

545 Dazu sollte die EU einen Vorschlag vorlegen, der die WTO und das Welthandelssystem
546 reformiert und neu belebt und langfristig unter das Dach der Vereinten Nationen stellt.

547 Die Errichtung einer neuen globalen Welthandelsordnung wird Zeit brauchen. Daher können für
548 den Übergang auch Abkommen zwischen einzelnen Staaten und Wirtschaftsräumen sinnvoll
sein.

549 An diese Abkommen legen wir aber harte Kriterien an. Sie dürfen nicht zu Lasten Dritter
550 gehen. Sie müssen demokratisch und transparent zustande kommen. Und sie müssen Umwelt-
und

551 Klimaschutz, Menschenrechte, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit voranbringen. Getrieben
552 von einer konservativ-neoliberalen Mehrheit wurde in Europa eine Handelspolitik
553 vorgebracht, die diesen Grundsätzen widerspricht oder sie sogar in ihr Gegenteil verkehrt.
554 Im Mittelpunkt stehen die Interessen von großen Konzernen, während Verstöße gegen
555 Umweltschutz, Arbeitnehmer*innen- und Menschenrechte weiterhin nicht bestraft werden.

556 Wir sind zusammen mit einer breiten europäischen Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen auf
557 die Straße gegangen und haben dazu beigetragen, dass TTIP nicht gekommen ist und bei CETA
558 und JEFTA einseitige Gerichte für private Investoren erstmal verhindert werden konnten. Das
559 macht deutlich, dass es sich lohnt, für faire, ökologische, gerechte und demokratische
560 Handelsabkommen zu streiten, auch wenn wir noch nicht am Ziel sind.

561 Wir Grünen lehnen das Abkommen mit Japan (JEFTA) deshalb in dieser Form ab, zum Beispiel
562 wegen der mangelnden Verankerung und Durchsetzung des Vorsorgeprinzips und des Pariser
563 Klimaschutzabkommens im Vertragstext. Gerade mit Ländern wie Japan bestünde die Chance,
es

564 endlich besser zu machen.

565 Ein Großteil von CETA ist bereits in Kraft, die problematischen Teile, die auch national
566 ratifiziert werden müssen, noch nicht. Diese wollen wir in der aktuellen Form nicht
567 ratifizieren.

568 Beim Abkommen mit den südamerikanischen Staaten (Mercosur) setzt die EU auf die
569 Liberalisierung bei Dienstleistungen, obwohl öffentliche Wasser- und Stromversorgung gerade
570 in den Ländern des Mercosur ein wichtiges Mittel zur Armutsbekämpfung sind. Gleichzeitig ist
571 auf Bestreben Brasiliens der Schutz des Amazonas-Regenwaldes aus dem Vertragstext
geflogen.

572 Wir wollen auch mit unseren Handelspartnern in Südamerika Umwelt, Verbraucher und
573 Menschenrechte in den Mittelpunkt von Handelsverträgen rücken.

574 Unsere grüne Alternative zur bisherigen EU-Handelspolitik ist eine Handelspolitik, die die
575 Globalisierung gerecht gestaltet. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Sonderschiedsgerichte für
576 Investoren zwischen Rechtsstaaten gibt, während Klimaschutz, Menschenrechte oder das
577 Vorsorgeprinzip nur schmückende Prosa bleiben. Wir lehnen einseitige Gerichte für private
578 Investoren ab.

579 Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen internationalen Handelsgerichtshof ein, vor
580 dem nicht nur Unternehmen klagen können, sondern auch Betroffene gegen die Verletzung
581 menschenrechtlicher, sozialer und umweltrelevanter Verpflichtungen durch transnationale
582 Unternehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen
583 Investitionsgerichtshof (MIC) erfüllt diese Voraussetzungen nicht. Parlamente dürfen durch
584 Regeln zur regulatorischen Zusammenarbeit in Handelsabkommen nicht umgangen oder
geschwächt
585 werden.

586 Das Vorsorgeprinzip, nach dem die Unbedenklichkeit von Produkten vor der Zulassung
587 nachgewiesen werden muss, ist die tragende Säule des europäischen Schutzes von Umwelt und
588 Verbraucher*innen. Die bestehende Verankerung des Vorsorgeprinzips im Primärrecht der EU
589 reicht hierzu nicht aus. Deshalb wollen wir, dass es für alle Bereiche der EU-
590 Handelsabkommen gilt. Auch Produkte, deren Verkauf in Europa verboten ist, wie bestimmte
591 Giftstoffe und Waffen, sollten hier auch nicht produziert und dann exportiert werden dürfen.

592 Wir wollen im Handel auch die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen stärken und
593 damit der Konzentration von wirtschaftlicher Macht entgegenwirken. Sie profitieren von
594 Zollreduktion und einheitlichen technischen Standards.

595 Für faire Arbeitsbedingungen, Klimaschutz und Menschenrechte

596 Handel sollte soziale Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und Menschenrechte
597 unterstützen. Menschenrechte und die Arbeitnehmerschutzrechte der internationalen
598 Arbeitsorganisation, also die ILO-Kernarbeitsnormen, müssen im Handel fest verankert werden,
599 und ihre Verletzung muss einklagbar sein. Bei Verstößen muss die EU Handelsvergünstigungen
600 auch entziehen. Die EU-Kommission setzt in erster Linie auf freiwillige
601 Selbstverpflichtungen. Die Erfahrung zeigt: Das reicht nicht. Notwendig sind gesetzliche
602 Sorgfaltspflichten, neue Haftungsregeln und bessere Klagemöglichkeiten innerhalb der EU –
603 auch für Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, die von europäischen Unternehmen
604 verursacht werden. Wir wollen Unternehmen gesetzlich zu mehr Verantwortung und
Transparenz
605 in Bezug auf ihre Lieferketten verpflichten sowie dazu, Menschen- und Arbeiter*innenrechte
606 einzuhalten und fairer und ökologischer Beschaffung den Vorrang zu geben.

607 Die Klimaziele von Paris müssen fester Bestandteil des Welthandels werden. Wir unterstützen
608 den Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Klimaziele von Paris als
609 wesentlichen Bestandteil in Handelsabkommen zu verankern und damit verbindlich
umzusetzen.

610 Wir müssen Handel und Klima in Einklang bringen. Eine Vorreiterrolle im Klimaschutz darf
611 nicht zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen. Im Gegenteil wollen wir erreichen,
612 dass sich ein ambitionierter Klimaschutz auch ökonomisch rechnet. Dies kann zum Beispiel
613 über eine zu entwickelnde Klimaabgabe auf schmutzige Importe erfolgen, die aber WTO-
konform
614 ausgestaltet sein muss.

615 Unfairen Wettbewerb durch Preis- oder Standard-Dumping wollen wir verhindern. Die letzte
616 Reform der europäischen Anti-Dumping-Instrumente war ein wichtiger Schritt. Es ist ein
617 Erfolg grüner Politik im Europaparlament, dass Marktverzerrung nun auch bei Verstößen gegen
618 internationale Arbeitnehmer- und Umweltstandards festgestellt werden kann. Wir wollen in
619 kritischen Bereichen strategische Infrastruktur schützen.

620 Handelsabkommen dürfen keine Treiber von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung
621 werden. Wo sich Privatisierungen als Holzweg erwiesen haben, wollen wir diese rückgängig
622 machen können. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss umfassend geschützt werden.

Kommunen
623 dürfen in ihrer Handlungsfreiheit nicht beschränkt werden.

624 Faire Rohstoffpolitik

625 Durch viele Produkte des Alltags sind wir mit der ganzen Welt verbunden, die Produktion
626 findet in Asien statt, die Rohstoffe kommen vom afrikanischen Kontinent und konsumiert wird
627 bei uns. Wir wollen die Lieferketten besser kontrollieren. Deshalb wollen wir transparente
628 Lieferketten mit sozialen und ökologischen Mindeststandards durch entsprechende
629 Offenlegungs- und Sorgfaltspflichten erreichen. Was in der Europäischen Union konsumiert
630 wird, darf nicht zu Krieg und Ausbeutung beitragen.

631 Wir stehen für eine andere Rohstoffpolitik. Die Rohstoffe, die wir für unsere Handys oder
632 Tablets benötigen, werden oft unter miserablen Bedingungen abgebaut und gehen mit
633 Menschenrechtsverletzungen, Konflikten und Umweltzerstörungen einher. Ausbeutung darf aber

634 nicht Grundlage der Digitalisierung und unseres Konsums sein. Wir treten ein für faire
635 Rohstoffpartnerschaften, die die Bedürfnisse der Abbauländer berücksichtigen, für Einsparung
636 des Rohstoffverbrauchs und eine nachhaltige Nutzung in Europa. Wir wollen verbindliche
637 Standards bei Abbau, Weiterverarbeitung und Handel von Rohstoffen im Rahmen eines
638 transparenten Verfahrens, das auch gegen Korruption und Steuervermeidung wirkt. Besonders
639 Konfliktmineralien müssen besser kontrolliert werden.

640 Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe

641 Die gegenwärtige Handelspolitik der EU mit Entwicklungsländern ist einseitig von den
642 wirtschaftlichen Interessen europäischer Unternehmen dominiert. Durch den Abbau von Zöllen
643 werden heimische Industrie, Handwerk und Landwirtschaft in Entwicklungsländern durch
644 Billigimporte aus der EU bedroht. Die EU ist durch ihre starke Verhandlungsposition in der
645 Lage, den Entwicklungsländern Bedingungen zu diktieren. Die derzeitigen

646 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Afrika verhindern den Aufbau einer eigenen
 647 Wirtschaft in diesen Ländern, statt ihn zu fördern. Wir wollen diese Abkommen stoppen und zu
 648 einer echten Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe übergehen. Die Entwicklungsländer
 649 müssen ihren Weg einer nachhaltigen Entwicklung selbst bestimmen können. Gleiche Rechte
 sind

650 nur zwischen gleich starken Partnern gerecht. Wer die Schwächeren fördern will, muss ihnen
 651 mehr Rechte als den Starken gewähren. Wir wollen Entwicklungsländern ausreichend Raum für
 652 handelspolitische Schutzmaßnahmen lassen, um ihre heimische Wirtschaft aufzubauen und
 junge

653 Industrien zu schützen. Zolleinnahmen sind eine wichtige Einnahmequelle für
 654 Entwicklungsländer. Ohne diese werden die mageren Staatseinnahmen stark belastet und es
 655 fehlen Mittel für Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Basis-Gesundheitsdienste
 656 und andere Aspekte der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die EU hingegen sollte ihre Zölle auf
 657 verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern abschaffen, um eine diversifizierte Industrie
 658 und Wertschöpfung vor Ort zu ermöglichen.

659 Fairer Handel auch in der Landwirtschaft

660 Europäische Agrarsubventionen zerstören kleinbäuerliche Strukturen im globalen Süden und
 661 schaffen so Abhängigkeiten, vernichten Existenzen und zementieren Armut. Deshalb lehnen wir
 662 sie ab. Wir brauchen einen Neustart des europäischen Agrarhandels, der nicht länger mit
 663 Dumpingpreisen Märkte im globalen Süden zerstört. Die Patentierung von Saatgut sowie
 664 Landgrabbing wollen wir bekämpfen. Die EU muss Investoren und staatliche Institutionen dazu
 665 drängen, die Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN zu
 666 Landrechten, Fischgründen und Wäldern einzuhalten. Agrochemiekonzerne wie Bayer, der durch

667 die Übernahme von Monsanto zum Marktbeherrscher geworden ist, kontrollieren bereits jetzt
 668 große Teile des weltweiten Saatgut-, Düngemittel- und Pestizidmarkts. Mit ihren Patenten
 669 werden Kleinbäuerinnen und -bauern in teure Abhängigkeiten gezwungen und die Artenvielfalt
 670 wird zerstört. Wir wollen die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern in Entwicklungsländern
 671 auf freien Austausch und kostenlose Wiederaussaat von Saatgut sichern. Darüber hinaus wollen
 672 wir den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit traditionelles Wissen und die
 673 biologische Vielfalt erhalten und zugänglich bleiben. Sortenvielfalt ist ein wichtiger
 674 Baustein, um das Recht auf Nahrung zu verwirklichen und die Landwirtschaft
 675 widerstandsfähiger gegen die Folgen des Klimawandels zu machen.

676 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 677 • die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen
 678 Handelsverträgen der EU,
- 679 • WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe,
- 680 • die Abschaffung von Zöllen auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern.

681 **4.6 Drogenkriege beenden**

682 Der globale Krieg gegen Drogen ist gescheitert. Er fördert organisierte Kriminalität,
 683 unterminiert die Gesundheit der Drogenkonsument*innen, verletzt Menschenrechte und trägt
 zur

684 Destabilisierung von Staaten bei. Damit verhindert er die politische und wirtschaftliche

685 Entwicklung der betroffenen Länder. Europa trägt als Konsumentenregion Verantwortung für die
686 Auswirkungen der Nachfrage nach Drogen. Wir wollen deshalb, dass die Europäische Union sich
687 auf der Ebene der Vereinten Nationen dafür einsetzt, dass der Drogenkrieg beendet wird.
688 Nationale Schritte für eine Reform der Drogenpolitik wie in verschiedenen Ländern
689 Lateinamerikas sollten unterstützt und nicht behindert werden. Die Europäische Union sollte
690 deshalb global eine Reform der Drogenpolitik in den betroffenen Staaten unterstützen, die
691 auf Prävention, Hilfe, Schadensminderung, Entkriminalisierung und Regulierung setzt. Wir
692 fordern eine an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von
693 Drogen.

694 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 695 • eine globale Reform der Drogenpolitik,
- 696 • eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte Regulierung von Drogen.